

Die Skepsis der Pflegekräfte

Warum nur rund die Hälfte gewillt ist, sich direkt impfen zu lassen – Impfaufklärung soll Bereitschaft steigern

Die Impfkampagne in Deutschland läuft, allein bis Montag wurden fast 42 000 Menschen geimpft, wie das Robert Koch-Institut (RKI) mitteilte. Und während viele Bewohner von Alten- und Pflegeheimen das Angebot annehmen, ist das Personal zurückhaltend. Teilweise ist offenbar nur rund die Hälfte des Personals bereit, sich impfen zu lassen. Im Alten- und Pflegeheim Maria vom Siege in Koblenz, wo bereits am Sonntag mit der Impfung begonnen wurde, ist es ähnlich: Von rund 65 Mitarbeitern ließen sich 26 gegen Sars-CoV-2 impfen. „Wobei man bedenken muss, dass zwischen den Jahren nicht die volle Besetzung da ist“, sagt die Leiterin Jutta Kettermann. „Doch wir mussten schon auch Überzeugungsarbeit leisten.“ Nun debattieren Experten, ob es eine Impfpflicht für medizinisches Personal geben kann. Umfragen spiegeln die Impfzurückhaltung wider. „Die Skepsis gegenüber der Impfung gegen Covid-19 ist weiterhin groß“, erklärte die Barmer Krankenkasse. Nach ihrer Befragung will sich nur eine knappe Mehrheit der Bundesbürger (53 Prozent) gegen das Coronavirus impfen lassen. Eine Studie der Uni Erfurt und des RKI zeigte Mitte Dezember, dass die Bereitschaft zur Impfung bei Befragten in Gesundheitsberufen insgesamt noch unter der der Gesamtbevölkerung liegt.

Warum ist die Skepsis groß?

Die Gründe für die Zurückhaltung sind vielfältig, sagt der Sprecher der Landespflegekammer, Benjamin Henze. „In der bereits jetzt schon angespannten Personalsituation durch eine Corona-Impfung noch krankheitsbedingt auszufallen, möchten vermutlich viele Pflegenden den Kollegen nicht zumuten. Wiederum andere warten noch auf einen Impfstoff eines anderen Herstellers, der nicht auf m-RNA-Basis hergestellt wurde. Darüber hinaus gibt es oft noch ein gewisses Aufklärungsdefizit.“ Letzteres sieht auch Sebastian Rutten, Geschäftsführer der Pflegegesellschaft Rheinland-Pfalz: „Wir haben dafür geworben, die Impfbereitschaft von Bewohnern und Mitarbeitern zu fördern, allerdings sind auch die Pflegeeinrichtungen keine ärztlichen Einrichtungen, und viele Fragen rund um den Impfstoff sind Teil medizinischer Impfaufklärung.“ Diese könne aber erst jetzt richtig erfolgen, wo auch den Ärzten offizielle pharmazeutische Informationen über den Impfstoff vorliegen. Er sei optimistisch, dass sich das im Laufe der Kampagne verändern wird. Darauf setzt auch Karl Lauterbach, der Gesundheitsexperte der



Foto: dpa

Sie sind tagtäglich mit dem Kampf gegen die Pandemie konfrontiert, stehen der Impfung zum Teil allerdings skeptisch gegenüber: Menschen mit Gesundheitsberufen sind weniger als die Gesamtbevölkerung bereit, sich impfen zu lassen. Das hat vielfältige Gründe.

Im Detail

So will die CSU den Pflegeberuf attraktiver machen

Als Konsequenz aus der Corona-Krise will sich die CSU-Landesgruppe im Bundestag für eine „Neueinsteigerprämie“ von 5000 Euro für neue Pflegekräfte einsetzen. Das geht aus einer Beschlussvorlage für die Klausur der CSU-Bundestagsabgeordneten Anfang Januar hervor. Die 5000 Euro sollen Pflegekräfte nach ihrer Ausbildung bekommen, wenn sie weiter im Pflegeberuf arbeiten.

Zudem sollen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden, etwa durch mehr Angebote der Gesundheitsförderung. Krankenhauskits mit gesicherter Nachtbetreuung sollen gefördert werden. „In der Corona-Pandemie hat das medizinische Personal Großartiges geleistet. Jetzt ist es Zeit, etwas zurückzugeben“, heißt es in dem CSU-Papier.

Mit 5 Milliarden Euro „Sicherstellungszuschlag“ will die CSU zudem

dafür sorgen, „dass die Krankenhäuser auf dem Land erhalten bleiben und Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau gewährleisten“.

Insgesamt fordert die Bundestags-CSU nach der Corona-Krise einen „neuen Aufbruch“ – etwa mit einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einer Stärkung von Familien, von Rente und Pflege. Konkret erneuert die CSU im Bundestag etwa ihre Forderung nach einem „Elterngeldbonus“, um mehr Väter zu einer längeren Elternzeit zu bewegen. „Wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen, soll der Anspruch auf das Elterngeld um weitere zwei Monate (12+4) steigen“, heißt es in dem Papier. Dabei soll es aber auch weiterhin bei der Begrenzung auf zwölf Monate pro Elternteil bleiben. Ebenso erneuert die CSU-Landesgruppe ihre Forderung nach einer stärkeren finanziellen För-

derung der Kinderbetreuung. Konkret sollen Kinderbetreuungskosten demnach voll von der Steuer absetzbar sein statt wie bisher nur zu zwei Dritteln. Der Höchstbetrag sollte laut Beschlussvorlage von 4000 auf 6000 Euro pro Kind und Jahr steigen.

Bei der Pflege fordert die Bundestags-CSU einen „Eigenanteileckel“. Weiter heißt es in dem Papier: „Konkret soll der Eigenanteil für die Pflege im Heim auf maximal 700 Euro pro Monat gedeckelt werden“, heißt es in der Beschlussvorlage. „Eine gute und bezahlbare Pflege ist eine der größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen deshalb den Eigenanteil an der Pflege, den der Einzelne leisten muss, wirksam begrenzen.“

Bei der Rente bekräftigt die CSU ihre Forderung nach einem „Starterkit“ für die Altersvorsorge. Da-

für soll der Staat ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind 100 Euro pro Monat in einen Generationenpensionsfonds einzahlen. Das Geld soll dann später zusätzlich zu bestehenden Rentenan sprüchen ausgezahlt werden.

Bei der Steuer will die CSU-Landesgruppe das Ehegattensplitting durch ein „Vorteilssplitting“ ergänzen. So soll ermöglicht werden, „dass beide Ehepartner gleichberechtigt vom Steuervorteil profitieren“, die steuerlichen Vorteile sollen „gleichermaßen hälftig bei beiden Partnern monatlich berücksichtigt“ werden, heißt es in dem Papier.

Anders als üblich kommen die CSU-Bundestagsabgeordneten wegen der Corona-Krise diesmal nicht im Kloster Seeon (oder früher in Wildbad Kreuth) in Oberbayern zusammen. Tagungsort ist diesmal das ferne Berlin.

SPD. Vor allem vor dem Hintergrund, „dass wir wahrscheinlich sogar mehr als 80 Prozent der Bevölkerung impfen müssen, um Herdenimmunität zu erreichen“, mahnt der SPD-Politiker. Die Ansteckungsrate liege mittlerweile wahrscheinlich höher, da sich das Virus durch die neuen Mutationen schneller verbreite. „Das zeigt, wie wichtig es ist, rasch zu impfen. Länder wie Israel und die USA, die schneller impfen können als Deutschland, sind hier im Vorteil.“ Lauterbach verweist auch darauf, dass Gemeinschaftseinrichtungen die Mitarbeiter zu einer Impfung zwingen könnten: „Mit dem Infektionsschutzgesetz gäbe es zwar eine Grundlage dafür, dass Altenheime und Krankenhäuser ihr Personal zu einer Impfung zwingen. Aber die Bundesregierung hat versprochen, dass es keine Impfpflicht geben wird. Dabei wird es bleiben, und das ist auch richtig“, sagt Lauterbach unserer Zeitung. In Paragraph 20 des Infektionsschutzgesetzes sind die Schutzimpfungen geregelt. Mediziner Lauterbach kritisierte zugleich seine Kollegen: „Die Skepsis mancher Ärzte kann ich nicht verstehen, ich werde mich sofort impfen lassen.“

Appell an alle Pflegekräfte

Gleiches sagt der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus. Impfen sei die einzige Chance auf ein schnelles Ende der Pandemie und damit der beste Schutz der pflegebedürftigen Menschen. Richtigerweise habe die Regierung ja auch entschieden, dass Ältere und Menschen, die aufgrund ihrer Berufstätigkeit Kontakt zu besonders gefährdeten Personen haben, zuerst geimpft werden. „Ich appelliere an alle Pflegefachkräfte, sich impfen zu lassen.“ Westerfellhaus betont weiter: „Sorgen, dass das beschleunigte Zulassungsverfahren nicht so sicher sei, sind unbegründet.“ Hier müsse aber noch mehr Aufklärungsarbeit betrieben werden. „Denn es sollte jeder wissen, dass das beschleunigte Zulassungsverfahren eben nicht zu wechseln ist mit dem Notfall-Zulassungsverfahren, das in anderen Staaten durchgeführt worden ist.“

In einem Stralsunder Pflegeheim kam es derweil zu einer Panne. Eine Frau wird mit grippeähnlichen Symptomen im Krankenhaus behandelt, nachdem ihr und anderen Bewohnern versehentlich die fünffache Dosis des Impfstoffs gespritzt wurde. Eine Krankenschwester hatte nach Angaben des Kreises Vorkommern die Spritzen falsch gefüllt. Der Landrat sprach von menschlichem Versagen.

Jan Drebes, Antje Hönig, Verena Kensbock und Kathrin Hohberger

Frankreich – Land der Impfgegner

Bei unseren Nachbarn ist die Bereitschaft zum Corona-Piks sehr niedrig – Das hat beileibe nicht nur mit Verschwörungsmythen zu tun

Die Impfskepsis unter deutschen Pflegekräften mag groß sein, in Frankreich ist sie noch größer – und das nicht nur unter medizinischem Fachpersonal. „Labore – Kollaborateure“, „Impfstoffmörder“, „Ärzte – Komplizen“ – nachdem Unbekannte am Wochenende Blätter mit anklagenden Aufschriften den für Covid-19-Patienten vorgesehenen Eingang eines Krankenhauses im ostfranzösischen Pontarlier versahen, hat das Krankenhaus Klage eingereicht. Auch wenn es sich um eine vereinzelte Aktion von Impfgegnern handelte, so ist deren Zahl in Frankreich seit Langem die höchste in Europa. Laut einer im Juni 2019 veröffentlichten Studie, die in 144 Ländern durchgeführt worden war, gehören die Franzosen zu den impfskeptischsten Völkern, neben den Libanesen, Kroaten und Serben. Demnach gab einer von drei befragten Franzosen an, Impfstoffe

für unsicher oder unwirksam zu halten. Die meisten Befürworter leben indes in Vietnam (98 Prozent), Dänemark (87 Prozent) und Großbritannien (81 Prozent). Dementsprechend skeptisch betrachten viele Franzosen die Impfkampagne zur Eindämmung des Coronavirus, die am Sonntag zunächst in Altenpflegeheimen in Dijon und Sevrin bei Paris begonnen hat. Weniger als die Hälfte der Franzosen will sich selbst daran beteiligen. Am größten ist der Widerstand bei Anhängern der Opposition – vor allem der Rechtspopulisten Marine Le Pen, unter denen 68 Prozent Impfgegner sind, und des Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon (59 Prozent). Darüber hinaus wollen sich nur 28 Prozent der Franzosen, die jünger sind als 35 Jahre, impfen lassen. Was ist der Hintergrund für die weit verbreitete Skepsis? Nach Ansicht des Meinungsforschers Edou-



Masken gehören in französischen Städten auch zum Alltag, doch gegen Corona impfen lassen wollen sich nur sehr wenige Franzosen.

Foto: dpa

ard Lecerf besteht diese generell „gegenüber allen Entscheidungen, die von oben kommen“: Nur 35 Prozent der Franzosen finden, dass ihre Regierung die Corona-Krise gut gemeistert hat – im Vergleich zu 63 Prozent der Deutschen und 50 Prozent der Italiener. Auch der Direktor der französischen Beobachtungsstelle für Verschwörungstheorien „Conspiracy Watch“, Rudy Reichstadt, beobachtet in Frankreich ein „großes Misstrauen gegenüber der Regierung, den Gesundheitsbehörden und der Wissenschaft im Allgemeinen“. Die teils verbreitete Vorstellung, dass eine Impfung gefährlicher sei als eine Epidemie, sieht er aber auch als „Übel der reichen und entwickelten Länder, wo die Impfbedeckung ausreichend hoch ist, um gewisse Krankheiten einzudämmen“. Dass dies ausgerechnet im Geburtsland von Louis Pasteur, dem Mitbegründer der medizinischen

Mikrobiologie und Erfinder der Tollwutimpfung, der Fall ist, liegt zudem wohl an einer Reihe medizinischer Skandale. Besonders schockierten in den 80er-Jahren die massenhaften HIV-Infektionen von Patienten durch kontaminierte Blutkonserven. Später wurde der französische Pharmariese Servier gerichtlich dafür zur Verantwortung gezogen, mit dem Medikament Mediator wissentlich ein Arzneimittel vertrieben zu haben, das zum Tod von bis zu 2100 Menschen führte. Bei Ausbruch der Schweinegrippe 2009 bestellte das Pariser Gesundheitsministerium 70 Millionen überzählige Impfdosen und hinterließ bei vielen den Eindruck, sie habe vor allem die Pharmaindustrie mästen wollen. Dieser Vorwurf kam erneut auf, als die Regierung ab 2018 die Zahl der Pflichtimpfungen für Kinder von drei auf elf heraufsetzte.

Birgit Holzer